



Liebe Leserinnen und Leser,

am 24. Juni wäre BBU-Vorstandsmitglied Eduard Bernhard 81 Jahre alt geworden. Sein Anliegen war immer die Gegenöffentlichkeit, sei es bei Erörterungsterminen, bei Aktionärsversammlungen oder mittels Presseinformationen. In diesem Sinne ist auch wieder dieser BBU-Newsletter zu sehen, der dazu beitragen will, umweltrelevante Informationen zu verbreiten, die nicht unbedingt in jeder Tageszeitung stehen.

Die Redaktion

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

BBU-Vorstand tagte am 09. Juni in Bonn

(UB) Erstmals nach dem Tod von BBU-Vorstandsmitglied Eduard Bernhard hat der BBU-Vorstand am 09. Juni in der Bonner BBU-Geschäftsstelle getagt. Zur Erinnerung: Dem Geschäftsführenden Vorstand gehören 3 Personen an (Karl-Jürgen Prull, Wolfgang Guhle, Udo Buchholz), dem Erweiterten Vorstand jetzt noch 5 Personen (Helmut Wilhelm, Peter Schott, Wolfgang Kühr, Harald Gülzow, Manfred Beckmann).

Da der BBU ein Verband von unterschiedlichsten Mitgliedern ist (kleine und große Bürgerinitiativen, Umweltverbände, Fördermitglieder ...), der sich um zahlreiche Sachthemen kümmert, war die Tagesordnung wieder einmal sehr umfangreich und konnte aus zeitlichen Gründen nur etwa zur Hälfte abgearbeitet werden. Fortsetzung folgt ...

Hier einige der aktuellen Sitzungsergebnisse:

- zu den Gefahren und Risiken der Nanotechnologie wird ein BBU-Positionspapier verfasst;
- dem drohenden Neubau von Kohlekraftwerken soll verstärkt entgegen getreten werden;
- zur BBU-Stromwechselkampagne (Kooperation BBU mit EWS, Schönau) wurde ein Plakat erstellt, das in der BBU-Geschäftsstelle bestellt werden kann. Zur Kostenkalkulation wären Vorbestellungen hilfreich. Bei Interesse bitte mit der BBU-Geschäftsstelle unter 0228-214032 Kontakt aufnehmen. Eine Datei mit dem Plakat-Motiv kann angefordert werden. Stromwechsel-Flyer sind weiterhin in der BBU-Geschäftsstelle erhältlich. Die Maßnahmen zur Stromwechsel-Werbung sollen verstärkt werden.
- die Zahl der Personen und Initiativen, die beim BBU Rat und Unterstützung suchen, steigt. Ratsuchenden soll wie bislang möglichst optimal geholfen werden (Zusammenspiel Geschäftsstelle – Vorstandsmitglieder – fachkompetente BBU-Mitglieder). Dabei sollen auch verstärkt unter den Ratsuchenden neue Mitglieder für den BBU gewonnen werden.

BBU-Tätigkeitsbericht 2004 – 2006 jetzt im Internet

(UB) Vor dem Redaktionsschluss dieses BBU-Newsletters wurde der BBU-Tätigkeitsbericht 2004 bis 2006 beim zuständigen Finanzamt eingereicht. Wer den Bericht lesen möchte, findet ihn im Internet auf der BBU-Homepage unter

<http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Taetigkeitsbericht%202004%20-%202006.htm>.

Englischsprache BBU-Selbstdarstellung

(UB) Die noch recht neue BBU-Selbstdarstellung ist jetzt professionell ins Englische übersetzt worden. Wer sie beispielsweise für internationale Kontakte benötigt, findet sie im Internet unter

<http://www.bbu-online.de/html/Selbstdarstellung2007%20englisch%20Netz.pdf>. Zum Verteilen bei verschiedenen Anlässen können gedruckte Flyer mit der deutschsprachigen Version in der BBU-Geschäftsstelle bestellt werden.

BBU-Pressemitteilungen

(UB): BBU-Pressemitteilungen befinden sich im Internet unter <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>. BBU-Mitglieder können ihre Pressearbeit mit der BBU-Geschäftsstelle abstimmen und dann auch gemeinsame Pressemitteilungen mit dem BBU-Vorstand vereinbaren.

2. Aus den Fachbereichen

EMAS

BBU bei der Internet-Kampagne "Wir für EMAS" an prominenter Stelle dabei

Der Umweltgutachterausschuss (UGA) beim Bundesumweltministerium hat eine Testimonial-Kampagne für das europäische Umweltmanagementsystem EMAS gestartet. Zu den über vierzig ausgewählten prominenten Fürsprechern für EMAS gehört auch Wolfgang Guhle, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU.

EMAS stellt nach Auffassung des BBU das derzeit qualitativ beste, weil anspruchsvollste, relativ transparente und unabhängig geprüfte Umweltmanagementsystem dar. In der Internet-Kampagne des UGA geht es auch darum, EMAS gegen das niedrighschwelligere und kaum transparente Umweltmanagementsystem ISO 14001 zu profilieren, das allerdings immer stärker von den Unternehmen, den Wirtschaftsverbänden und den Umweltpakten und -allianzen der Bundesländer bevorzugt wird.

Obwohl es der Kampagne durchaus gelungen ist, auch Wirtschaftsverbandsrepräsentanten und Politikern, die längst auf Distanz zu EMAS gegangen sind, positive Äußerungen abzurufen, macht z. B. der Beitrag von Bundeswirtschaftsminister Glos (CSU) deutlich, dass an ISO 14001 weiterhin gerne festgehalten wird. Zu den kritischen Beiträgen zählen die Statements von Hubert Weinzierl (DNR), Michael Sommer (DGB) und Wolfgang Guhle (BBU), die auf EMAS Bezug nehmen, ohne es neoliberal zu glorifizieren. Die Homepage-Adresse lautet: www.wir-fuer-emas.de

Wolfgang Guhle, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied

Energie

Störfälle in Krümmel und Brunsbüttel

(UB): Bei den norddeutschen Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel kam es am 28. Juni erneut zu Störfällen. Der Ausfall der AKW führte zu Stromausfällen in Hamburg. Selbst bei der Bahn kam es zu Ausfällen. (vgl. <http://www.bbv-net.de/public/article/aktuelles/panorama/deutschland/453573>). Erneut wurde deutlich, dass die Atomenergie nicht verlässlich ist und mit zahlreichen Gefahren verbunden ist. Der BBU fordert nicht nur die Aufklärung der Störfall-Ursachen, sondern auch die sofortige Stilllegung dieser beiden Reaktoren und aller anderen – weltweit. Atomenergie ist nicht beherrschbar. Daran gibt es nichts zu deuteln. Alle BBU-Mitglieder sollten sich gerade jetzt laut und deutlich zu Wort melden und die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen einfordern. LeserInnenbriefe in den Zeitungen sind genau so wichtig wie Aktionen vor den Atomanlagen, oder auch in anderen Städten, z. B. vor den Büros der Atomstrom-Konzerne. In Städten ohne Bürgerinitiativen sollten welche gegründet werden, der BBU hilft mit Tipps und Informationen. Und: Bei allen Aktionen sollte der Stromwechsel zu echten (!!)-Ökostromanbietern (keinerlei Verflechtung mit der Atomindustrie) propagiert werden.

BBU-Einspruchskampagne unterstützen

Die niederländische Urananreicherungsanlage (UAA) in Almelo, eine Schwesteranlage der deutschen UAA in Gronau, soll massiv ausgebaut werden. Bis Anfang August können beim niederländischen Umweltministerium Einsprüche erhoben werden. Der BBU wird gemeinsam mit dem AKU Gronau eine Sammeleinspruchliste verfassen und verbreiten. Möglichst viele BBU-Mitglieder sollten versuchen Einsprüche zu sammeln.

Expertenanhörung zu den Leukämiefällen in der Elbmarsch

Noch kein abschließendes Ergebnis möglich, weitere Untersuchungen müssen folgen, mit diesen Worten brachte die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ursula Sassen, die Ergebnisse der Expertenanhörung im Niedersächsischen Landtag auf den Punkt. Vorausgegangen war eine zweitägige nichtöffentliche gemeinsame Anhörung des Niedersächsischen sowie des Schleswig-Holsteinischen Landtages und der Hamburger Bürgerschaft zu den Leukämie-Fällen in der Elbmarsch. Die häufigen Leukämiefälle in der Elbmarsch haben in dieser Woche erneut den niedersächsischen Landtag beschäf-

tigt. Die zweitägige Expertenanhörung im Sozialausschuss brachte nach Abgeordnetenangaben vom Freitag jedoch keine Klärung, ob die Erkrankungen in einem Zusammenhang mit den Atomanlagen in der Region stehen.

Expertenkommissionen waren in der Vergangenheit zu unterschiedlichen Einschätzungen für die Gründe des vermehrten Auftretens von Leukämieerkrankungen in der Umgebung des schleswig-holsteinischen Atomkraftwerks Krümmel bei Geesthacht und des dortigen Atomforschungszentrums GKSS gekommen. Wissenschaftler fanden in Boden- und Staubproben bis zu einen Millimeter große Kügelchen, die im Innern hochradioaktive Substanzen enthalten. Bislang sind Zusammenhänge mit den Erkrankungsfällen umstritten.

Atomkraftgegner und mehrere Wissenschaftler vermuten jedoch, dass es vor 20 Jahren im Forschungszentrum einen schweren Unfall gegeben hat. Die Betreiber und die schleswig-holsteinische Landesregierung bestreiten dies.

Quelle: EUROPATICKER vom 16. 4. 07

siehe auch: http://www.umweltruf.de/ticker/news_druck0.php3?nummer=2798
<http://www.contranetz.de/atom/news/special/elbmarsch.htm>
<http://www.gfstrahlenschutz.de/docs/pm011130.pdf>
<http://www.gfstrahlenschutz.de/pm041215.pdf>
http://de.wikipedia.org/wiki/Leuk%C3%A4miecluster_Elbmarsch
<http://www.ssk.de/werke/volltext/1993/ssk9301.pdf>

Zusammenstellung: Harald Gülzow

BBU bei niederländischem IPPNW-Symposium vertreten

(UB) Die niederländische Sektion der IPPNW, die NWMP (Nederlandse Vereniging voor Medische Polemologie ‚Gesondheidszorg en Vredesvraagstukken‘) hat am 2. Juni im niederländischen Utrecht ein Symposium zum Thema „Atomenergie und Atomwaffen, ein Siamesischer Zwilling?“ durchgeführt. Udo Buchholz, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes und im westfälischen Gronau direkt an der Grenze zu den Niederlanden wohnhaft, hat als Vertreter des BBU an dem Symposium teilgenommen. So kam es erstmals zum Kontakt zwischen BBU und NWMP.

Auf dem Podium saßen Vertreterinnen von Greenpeace Nederland und der Parlamentsfraktion der Sozialistischen Partei (SP), ein Vertreter der PvdA (entspricht der SPD), sowie ein Mitarbeiter des (Atom)Energie-Forschungszentrums in Petten (direkt am Nordseestrand gelegen). Während Atomwaffen von allen ReferentInnen abgelehnt wurden, gab es verschiedene Positionen zur Atomstrom-Nutzung. Hier war es natürlich der Mitarbeiter des Atom-Forschungszentrums, der sich für die weitere Nutzung der Atomenergie aussprach.

Obwohl es bei der Veranstaltung hauptsächlich um die Verknüpfung von Atomwaffen und Atomanlagen gehen sollte, spielte auch die Klimaveränderung in der abschließenden Diskussion mit dem Publikum eine herausragende Rolle.

Wer an näheren Informationen interessiert ist, oder Kontakt zur niederländischen Umweltbewegung sucht, kann sich über die BBU-Geschäftsstelle oder direkt an Udo Buchholz wenden.

Todesfälle in russischen Urananreicherungsanlagen

(UB) Der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und sein Dachverband, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V., haben am 13. Juni gemeinsam ihre Forderung nach der sofortigen Stilllegung der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau bekräftigt. AKU und BBU begründen ihre Forderung mit Sicherheitsrisiken und der unlösbaren Uranmüll-Entsorgung. Mit ihrer aktuellen Forderung beziehen sich AKU und BBU auf einen am 12. Juni gesendeten Beitrag über umstrittene Urantransporte von Gronau nach Russland im ZDF-Magazin Frontal 21. In dem Beitrag wurde aus einem Schreiben des russischen Gesundheitsministeriums zitiert. Darin ist von bisher unbekanntem Unfällen in den russischen Urananreicherungsanlagen die Rede, bei denen gasförmiges Uranhexafluorid freigesetzt wurde. Drei Menschen starben an den Folgen.

Eine Pressemitteilung des BBU vom 13.6.2007 zum Thema Urananreicherung befindet sich auf der BBU-Homepage unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202007/13.06.htm>. Das Manuskript zur genannten ZDF-Sendung befindet sich unter <http://www.zdf.de/ZDF/download/0,5587,5001893,00.pdf>.

„Ausgeliehene“ Unterlagen zu Kohlekraftwerk Moorburg im Internet

(Aus einer Pressemitteilung des BUND Hamburg vom 13.6.07) „Nachdem sich die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) auf Druck von Vattenfall auch weiterhin weigert, die Unterlagen für das geplante Kohlekraftwerk Moorburg ins Internet zu stellen, macht der BUND nun »Nägel mit Köpfen«. Der

Landesverband wird die umweltrelevanten Unterlagen, die für die Stellungnahmen der Bevölkerung und der Verbände erforderlich sind, am heutigen Mittwoch auf der eigenen Internetseite veröffentlichen. Die Behörde hat dem BUND inzwischen mitgeteilt, dass der von Vattenfall vorgeschobene Schutz des Urheberrechts nicht auf alle Planunterlagen zutrifft, die Prüfung, welche Unterlagen die Behörde veröffentlichen dürfe, aber innerhalb der nach der Umweltinformationsrichtlinie vorgegebenen Frist nicht erfolgen könne. (...) Der BUND hatte nach einem offiziellen Antrag und mehrfacher Aufforderung, die Unterlagen zu veröffentlichen, die 49 Ordner am vergangenen Freitag in der Behörde »ausgeliehen« und in wesentlichen Teilen kopiert. Der Verband wollte mit dieser spektakulären Aktion auf die Schikanierung der Bürger durch den Vattenfall-Konzern aufmerksam machen und entscheidende Auszüge der Planunterlagen der Bevölkerung unbürokratisch zur Verfügung stellen. Interessierte finden die Unterlagen sowie Mustereinwendungen gegen das geplante Kraftwerk auf der Internetseite des BUND Hamburg unter www.bund-hamburg.de.“ Quelle: <http://vorort.bund.net/hamburg/Presse.6+M54439fd745f.0.html>

Wer nicht hören will muss fühlen:

Aktionsbündnis ruft zu massenhaftem Vattenfall-Ausstieg auf

Nach dem erneuten Antrag auf Laufzeitverlängerung für das Atomkraftwerk Brunsbüttel hat die Initiative „Atomausstieg-selber-machen“, der auch der BBU angehört, Vattenfall-KundInnen aufgefordert, die in den vergangenen Wochen eingesetzte Fluchtbewegung weg vom schwedischen Atom- und Braunkohlekonzern hin zu Ökostromunternehmen zu verstärken. In einer Pressemitteilung vom

24. Juni 2007 schreibt die Initiative dazu:

„Eine Woche vor dem Stichtag für kräftige Strompreiserhöhungen provoziert der Vattenfall-Konzern seine Kunden schon wieder: Mit einem weiteren Antrag auf Laufzeit-Verlängerung des über 30 Jahre alten Atomkraftwerks Brunsbüttel will der Konzern das im Atomkonsens vereinbarte Aus für einen der unsichersten Reaktoren in Deutschland doch noch verhindern. Die am Wochenende bekannt gewordene, beantragte Übertragung von 15 Mrd. Kilowattstunden vom AKW Krümmel auf das AKW Brunsbüttel würde erneut den Sinn der Übertragungsregel im Atomausstiegsgesetz ad absurdum führen. Die sieht die Möglichkeit vor, Stromkontingente von alten und unsicheren Kraftwerken auf neuere, möglicherweise weniger risikoreiche zu übertragen, um so die Gefahr eines schweren Unfalls insgesamt zu verringern. Vattenfall Europe verlangt jetzt genau das Gegenteil: Ein Reaktor (Inbetriebnahme 1977), bei dem nach einer Sicherheitsüberprüfung vor genau sechs (!) Jahren nach dem Eingeständnis der schleswig-holsteinischen Atomaufsicht „hunderte offener Punkte“ festgestellt und bis heute nicht behoben wurden, soll länger laufen als im Atomgesetz vorgesehen. Ein anderer, jüngerer Reaktor (Krümmel, Inbetriebnahme 1983) soll dagegen früher vom Netz.

„Dieser Antrag ist eine Provokation. Vattenfall Europe nimmt für mögliche Sonderprofite durch den Weiterbetrieb abgeschriebener Altreaktoren eine Gefährdung der Sicherheit der Bevölkerung Norddeutschlands und weit darüber hinaus in Kauf“, erklärte das Aktionsbündnis „Atomausstieg-selber-machen“ und erinnerte daran, dass Vattenfall vor nicht einmal einem Jahr im schwedischen Forsmark verantwortlich war für den schwersten Unfall in einem europäischen Atomkraftwerk seit Tschernobyl.

Unter der Parole „Wer nicht hören will, muss fühlen“ fordert das Bündnis aus Umweltorganisationen, Verbraucherschutzverbänden und Anti-Atomkraft-Initiativen Vattenfall-Kunden auf, jetzt die in den vergangenen Wochen begonnene Fluchtbewegung weg vom schwedischen Atom- und Braunkohlkonzern hin zu Ökostromunternehmen zu verstärken.

„Hierzulande ist niemand gezwungen, Atomstrom zu kaufen“, heißt es in der Erklärung des Aktionsbündnisses weiter. „Machen Sie Atomstrom zu einer immer schwerer verkäuflichen Ware. Machen Sie es wie immer mehr Vattenfall Kunden in jüngster Zeit - wechseln Sie noch heute zu Ökostrom-Versorgern, die Elektrizität ausschließlich aus den erneuerbaren Energien Sonne, Wind, Wasser und Biomasse und hocheffizienter Energieumwandlung bereitstellen. Sie werden sehen: Es kostet sie fünf Minuten und immer weniger Geld, weil die Ökostrom-Unternehmen ihre Preise stabil halten.“

Atomausstieg beginnt mit Vattenfall-Ausstieg!“

Mehr Informationen zum Stromwechsel innerhalb von fünf Minuten findet man im Internet unter: www.atomausstieg-selber-machen.de und unter der kostenfreien Ökostrom-Hotline: 0800 762 68 52 (werktags 9:00 – 17:00). BBU-Informationen zum Stromwechsel (incl. Infos über Vergünstigungen für BBU-Mitglieder) gibt es auf der Internetseite des BBU unter <http://www.bbu-online.de/EWS/EWS1.htm>.

Gentechnik

Monsanto-Gen-Mais schlägt bei Ratten auf Herz und Nieren

(14.6.) „Auch der Gen-Mais NK603 der Gentechnikfirma Monsanto ist möglicherweise gesundheitsgefährdend. Das ist das Ergebnis eines heute von Greenpeace vorgestellten Reports der französischen Expertengruppe CRIIGEN (Committee for Independent Research and Information on Genetic Enginee-

ring). Ähnlich wie bei Monsanto's Gen-Mais MON863 war es auch bei Gen-Mais NK603 in Rattenversuchen zu Funktionsveränderungen bei Nieren, Gehirn, Herz und Leber gekommen. Die Daten für die jetzt vorliegende Auswertung stammen von Monsanto selbst. Sowohl NK603 als auch MON863 sind in Deutschland als Lebens- und Futtermittel zugelassen. (...) Greenpeace fordert einen Stopp der Zulassung und des Anbaus von Gen-Pflanzen in der EU, eine vollständige Neuorganisation der Europäischen Zulassungsstelle EFSA (European Food Safety Authority) und wesentlich höhere Anforderungen an die Risikoabschätzung von Gen-Saaten.“

Quelle und weitere Informationen:

http://www.greenpeace.de/themen/gentechnik/nachrichten/artikel/monsanto_gen_mais_schlaegt_bei_ratten_auf_herz_und_nieren/

Nanotechnologie

Bioland gegen Nanotechnologie für Nahrungsmittel

„Nach Angaben der National Nanotechnology Initiative in den USA wurden 2005 weltweit 9 Milliarden Dollar in die Nanoforschung und industrielle Anwendung von Nanotechnik investiert. Große Lebensmittelkonzerne erhoffen sich vor diesem Hintergrund ein gutes Geschäft mit Nanofood. Ob ihr Kalkül aufgeht, bleibt abzuwarten. Denn trotz guter Marktprognosen bleiben europäische Verbraucher/innen skeptisch: Eine Fallstudie der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich ergab für Nanobrot eine ähnliche Akzeptanz wie für genmanipuliertes. Der ökologische Anbauverband Bioland lehnt die Anwendung von Nanotechnik in der Nahrung ab, weil die Nanopartikel zu sehr in die Struktur des Lebensmittels eingreifen würden.“ Diese Information erschien bereits vor einem Jahr in einem längeren Beitrag unter <http://www.scienz.de/magazin/art6941.html>. Der gesamte Artikel gibt einen recht gut verständlichen Eindruck über die Problematik der Nanotechnologie. BBU-Mitglieder, die sich mit der Thematik befassen (möchten), können sich zur Koordination in der BBU-Geschäftsstelle melden. (UB).

Umweltrecht

Keine Akteneinsicht in Sicherheitskonzept des Transrapids

„Der 8. Senat des Oberverwaltungsgerichts hat mit Beschlüssen vom 27. Juni 2007 die im Eilverfahren verfolgten Begehren einer Einwendergemeinschaft und einer Privatperson zurückgewiesen, ihnen Einsicht in das Sicherheitskonzept der geplanten Magnetschwebebahn (Transrapid) vom Münchener Hauptbahnhof zum Flughafen München und in die beim Eisenbahn-Bundesamt vorliegenden Unterlagen über das vorgesehene Fahrzeug zu gewähren.“ Die gesamte Presseinformation des OVG findet man unter <http://www.juraforum.de/jura/news/news/p/1/id/169430/f/106/>.

Verkehr

Frankfurter Flughafen: 23.000 Einsprüche gegen Ausbau

„Beim hessischen Wirtschafts- und Verkehrsministerium sind tausende Einwendungen gegen den geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens eingegangen. Nun wird geprüft, ob ein neuer Erörterungstermin erforderlich ist. Die Frist für Beschwerden von Bürgern und Kommunen gegen den Ausbau war am 7. Mai abgelaufen. Bei der ersten Runde der Offenlegung der Ausbaupläne 2005 seien es etwa fünf Mal so viele Einwendungen gewesen, teilte das Ministerium am Mittwoch mit. Das Ministerium als Planfeststellungsbehörde prüfe, ob ein neuer Erörterungstermin erforderlich ist, sagte Sprecher Christoph Zörb. Auch der Flughafenbetreiber Fraport AG müsse Stellung nehmen, so dass mit einer Entscheidung erst im Spätsommer zu rechnen sei.“ *Quelle und weitere Informationen:* http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=15662&key=standard_document_31276318.

Wasser

„Gewässerbelastung durch den Eintrag von Bioziden aus Dachfarben – eine Risikoabschätzung“

Bei der Sanierung von Hausdächern werden häufig Dachfarben verwendet, die mit Bioziden ausgerüstet sind, um vor Pilz- und Algenbewuchs zu schützen. Die biozide Wirkung beruht darauf, dass die Wirkstoffe mit dem Regenwasser aus den Dachfarben ausgewaschen werden. Wird dieses Dachablaufwasser zur Grundstücksbewässerung genutzt, gelangen die Biozide in den Boden und ins Grundwasser.

Das Landesumweltamt NRW (LUA) ist der Frage nachgegangen, ob mit der Freisetzung der Biozide aus Dachfarben ein Risiko für die Umwelt besteht und wenn ja, ob ein solches Risiko durch Auswahl bestimmter Dachfarben gemindert werden kann.

Die Ergebnisse des Untersuchungsvorhabens wurden unter dem Titel „Gewässerbelastung durch den Eintrag von Bioziden aus Dachfarben – eine Risikoabschätzung“ Band 51 der Schriftenreihe Merkblätter des Landesumweltamtes NRW veröffentlicht. Der Band steht im Internet unter www.lua.nrw.de kostenfrei zum Lesen und Laden zur Verfügung. *Auszug aus einer Presseerklärung des LUA NRW, siehe hierzu:*

http://www.lanuv.nrw.de/veroeffentlichungen/presse/pdf/fachpm_merkbl51_Menge.pdf

3. Zivilgesellschaftliches Engagement für den Umwelt- und Klimaschutz auch in China verbessern

Vom 22.06.2007 bis zum 29.06.2007 hat in der chinesischen Hauptstadt Peking die 14. Konferenz des Internationalen Normungsgremiums ISO/TC 207 Environmental Management stattgefunden. In einer Pressemitteilung des BBU vom 26.6.07 heißt es dazu:

„Auf diesem Treffen werden internationale Umweltstandards erarbeitet z. B. für den Umgang mit Treibhausgasen. In den deutschen Spiegelgremien arbeiten auch Mitglieder des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. mit. Hier wird von den VertreterInnen aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Umwelt die deutsche Position zu den internationalen Vorschlägen erarbeitet.

Der BBU unterstützt seit vielen Jahrzehnten das bürgerschaftliche Engagement der UmweltschützerInnen in Deutschland. „Aus dieser Erfahrung wissen wir, dass Erfolge im Umweltschutz nicht nur durch den Staat, sondern insbesondere durch die zivilgesellschaftlich engagierten UmweltschützerInnen und Bürgerinitiativen erreicht werden können“, so Udo Buchholz, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz.

Der Einsatz der Bürger und Bürgerinnen für den Umweltschutz ist besonders erfolgreich, wenn er nicht von den staatlichen Stellen reglementiert wird. In Ländern wie China wird die Arbeit von Umweltschützern bisher eher behindert und teilweise sogar strafrechtlich verfolgt, wie z.B. 2003 bei den Protesten gegen den Bau des Drei-Schluchten-Staudamms am Jangtse. Noch kürzlich wurde ein chinesischer Umweltschützer ohne Haftbefehl festgenommen. Der Vorwurf : Er habe mit ausländischen Journalisten gesprochen. Der Aktivist engagierte sich gegen die gigantische Verschmutzung des Tai-Sees in Ostchina. Diese Umgehensweise mit UmweltschützerInnen in China muss sich ändern. Das Engagement für die Umwelt ist auch ein Menschenrecht. Der Staat darf die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten von UmweltschützerInnen nicht behindern, weder in Deutschland noch in China.

Auf Grund der aktuellen Forschungsergebnisse zu den Bedrohungen des Weltklimas ist es die Aufgabe aller Staaten, ihre Verantwortung für den Anstieg der CO₂ – Emissionen zu übernehmen und den Umfang der Emissionen zu reduzieren.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz fordert die westlichen Staaten und die früheren Schwellenländer wie z.B. China als maßgebliche Verursacher des klimaschädlichen Kohlendioxids auf, ihre CO₂-Emissionen drastisch zu verringern.

Die Reduzierung der Verbrennung von fossilen Energieträgern z. B. zur Stromerzeugung und ihr Ersatz durch den Einsatz von regenerativen Energieträgern ist ein Muss angesichts des sich bereits wandelnden Weltklimas. Die Stromerzeugung durch Atomkraftwerke ist auf Grund der damit verbundenen ökologischen und friedenspolitischen Probleme kein akzeptabler Ersatz.

Zur Realisierung wichtiger Fortschritte im Umwelt- und Klimaschutz ist dabei auch das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger und Bürgerinnen weltweit für den Umweltschutz zu unterstützen.“

4. Impressum

BBU-Newsletter Nr. 05/07, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstand. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.07.2007. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. E-Mail-Adresse der Redaktion: bbu-newsletter@bbu-bonn.de.